

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 80 34/39
Telefax: 888 848 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Josef Vosen MdB zu
zwölf Thesen zur For-
schungs- und Techno-
logiepolitik: Für eine
ökologische Erneue-
rung der Industriege-
sellschaft

Seite 1

Hans Böhler MdB zum
Umgang mit dem Ver-
mögen von PDS und
Blockparteien: Finanz-
fragen endlich konkret
angeben.

Seite 4

Leo Petry MdL zu den
Bonner Forderungen
zur Einheitsfinanzle-
gung an das Saarland:
Überproportional
herangezogen.

Seite 5

Helmut Wiczorek MdB
zur gesamtdeutschen
Haushaltslage des
Deutschen Bundesta-
ges: Waigels finanzpo-
litische Bankrotterklä-
rung.

Seite 6

45. Jahrgang / 186

30. August 1990

Für eine ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft

Zwölf Thesen zur Forschungs- und Technologiepolitik

Von Josef Vosen MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für
Forschung und Technologie

I.
Die ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft wird für Jahr-
zehnte das Leitziel der Politik sein.

Eine Politik, die diese Öko-Orientierung ernst nimmt, muß deshalb eine
Politik zur Bewahrung der Erdbewohner und ihres Planeten sein. Dazu
muß die Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der internationalen
Völkergemeinschaft ihre Beiträge erbringen. Eine öko-orientierte For-
schungs- und Technologie-Politik muß hierzu auch in der Bundesrepu-
blik Deutschland Beiträge leisten. Es bedarf der Überprüfung, inwieweit
nationale Wohlstandsziele mit der neuen Bedingung "Bewahrung unse-
rer Erde" noch übereinstimmen.

II.

Forschungs- und Technologie-Politik steht unter dem geltenden Ziel-
katalog

- Verbesserung der Lebensbedingungen
- Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und
- Vertiefung des menschlichen Wissens.

Das erstgenannte Ziel ist von uns schon um die "Schonung der Res-
ourcen und Erhaltung der Umwelt" erweitert worden. Heute muß es
um die "Erhaltung der Menschheit" erweitert werden.

Wissenschaft und Technik können die zur Lösung der Sach-Probleme
notwendigen politischen Entscheidungen selbst nicht ersetzen.

III.

Angesichts des dramatisch "anwachsenden Unwissen" (!) über die Da-
seinsbedingungen der Menschheit auf der Erde ist eine Erhöhung der
Forschungsanstrengungen vordringlich.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verpflichtet Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Kraftstoff-Papier



IV.

Forschungs- und Technologie-Politik zur Bewahrung der Erde muß heute mehr als je zuvor Förderung der Vorsorgeforschung sein. Daneben ist eine umweltschonende Industriepolitik ihr zweiter wesentlicher Gegenstand.

Die Fördergebiete Umweltforschung, Gesundheitsforschung, Energieforschung, Forschung zur Ressourcenschonung, Informationstechnik, Technikfolgenforschung müssen die neuen Schwerpunkte bilden (Ziffern 5 bis 11). Die Grundlagenforschung aus Bundesmitteln sollte auf einen festen Anteil am Forschungsbudget beschränkt werden.

V.

Umweltforschung (Grundlagen der Ökologie, Klimaforschung, Meeresforschung, Polarforschung, Umwelttechnik sowie die Auswirkungen aller menschlichen Tätigkeiten - Autoverkehr, Luftverkehr u.a. - auf die Umwelt, wie Luft-, Boden- und Wasserbelastung und alle damit zusammenhängenden Einzelfragen) heißt vorrangig auch die Einrichtung eines zentralen Schwerpunktes "Ökologische Wirkungsforschung". Es müssen alle Produkte und Produktionsverfahren auf ihre Umweltwirkungen untersucht werden. Dies muß ein entscheidendes Betätigungsfeld für die Großforschungseinrichtungen, aber auch andere Forschungsstellen, wie zum Beispiel den TÜV, werden. Zur Finanzierung dieser Wirkungsforschung muß die Industrie beitragen.

Die Wirkungsforschung umfaßt auch die Auswirkungen der chemischen Produktion und den Gebrauch chemischer Produkte aller Art auf unser Leben.

VI.

Gesundheitsforschung umfaßt neben Krebsforschung, Herz-Kreislauf-Forschung, Rheuma und neuerdings auch AIDS auch die Gen- und Biotechnologie sowie große Teile der Humanisierung des Arbeitslebens. Unter dem Gesichtspunkt Gesundheit verspricht die Genforschung und Gentechnologie auf den verschiedensten Gebieten erhebliche Durchbrüche.

Die Rahmenbedingungen für die Gentechnologie sind nach wie vor ungeklärt. Unsere grundsätzlichen Positionen haben wir in Drucksache 11/5468 zum Ausdruck gebracht. Auch hier ist eine weitaus höhere Forschungskapazität nötig. Themen sind Virusforschung, Allergieforschung, Erbkrankheiten u.a. Im Bereich der Pharmaindustrie und der Landwirtschaft sind Strategien für eine Einpassung in eine umweltschonende Industriepolitik zu entwickeln.

VII.

Das Energiesparen, die Solarenergie und die Kohletechnologien stehen erst am Anfang ihrer technischen Möglichkeiten. Die Forschungsförderung muß sich mit einem neuen Energieforschungsprogramm dieser Bereiche endlich in massiver Form annahmen. Die Großforschungszentren müssen hierbei neue Schrittmacherdienste leisten. Die Energiewirtschaft muß in erheblichem Ausmaß eigene Forschungskapazitäten aufbauen.

Eine Verteuerung des Energiepreisniveaus ist eine wichtige Voraussetzung für die Wirtschaftlichkeit anderer Energien und somit für eine erfolgreiche Öko-Orientierung der Forschungspolitik.

In der Atomenergieforschung müssen wir nur noch das Endlager herrichten. Nur noch hierfür sind nukleare Forschungsmittel erforderlich. Die atomare Sicherheitsforschung ist daneben beizubehalten.

Diese Ziele müssen wir insbesondere in der Europäischen Gemeinschaft durchsetzen.

VIII.

Die Forschung zur Ressourcenschonung steht ebenfalls erst am Anfang ihrer Möglichkeiten.

Die neuen Materialien für Luft- und Raumfahrt, für Verbrennungstechnik, für Supraleitung müssen auf neuen Anwendungsgebieten der industriellen Produktion, zum Beispiel Motorenbau, Karosseriebau, Wohnungsbau et cetera eingeführt werden. Auch die Umweltbelastungen durch giftige Schwermetalle erfordern eine erhebliche Ausweitung der Anstrengungen.

Die Forschung zur Ressourcenschonung ist ein weiteres wesentliches Element einer umweltschonenden Industriepolitik.

IX.

Informationstechnik durchdringt jeden Lebensbereich unserer modernen Industriegesellschaft.

Der Beitrag der Informationstechnik zur Bewahrung unserer Lebensumwelt ist offensichtlich, soweit sie zur Ressourceneinsparung aller Art beiträgt. Die Gewinne durch genaueres Messen, Regeln, raschere und vollständigere Übermittlung und durch neue Übermittlungsmöglichkeiten überhaupt lassen sich nicht vollständig in Zahlen fassen.

Der Beitrag der IT, durch Entlastung von monotonen Tätigkeiten zur weiteren Humanisierung des Arbeitsbens beizutragen, wird wichtiger.

Der Beitrag der IT durch die neuen Anwendungs-Chips ganze Branchen, wie zum Beispiel den Werkzeugmaschinenbau zu revolutionieren (Vorbild Uhrenindustrie), kann zur weltweiten Wettbewerbs-Neuordnungen führen (ein anderes Beispiel war auch die Textilindustrie). In der Chip-Entwicklung muß Europa sich die Möglichkeit einer Eigenständigkeit offenhalten. Hierzu dient das JESSI-Projekt (64 Megabit-Chip). Die staatlichen und industriellen Anstrengungen hierbei reichen nicht aus.

Informationstechnik kann der künftige Angelpunkt einer umweltschonenden Industriepolitik sein; die sozialverträgliche Gestaltung der Anwendungen dieser Technik durch Mitbestimmung in allen Arbeits- und Lebensbereichen ist unsere selbstverständliche Grundposition.

X.

In der Weltraumforschung muß der Bau von Raketen und Raumfahrzeugen Sache der Anwender sein.

Soweit für Umweltmissionen (Beobachten, Messen, Übertragen) und für Informations-Technik-Missionen (Telekommunikation) für Luftverkehr- und Seeverkehrs-Missionen und für Ernteüberwachung Träger-Raketen und Satelliten gebraucht werden, sollte das jeweilige Besteller-Ressort (ggf. in internationaler Arbeitsteilung) die Verantwortung übernehmen (Post, Verkehr, Umwelt, Landwirtschaft, Wetterdienst, Verteidigung et cetera).

Die mit dem langfristigen Europäischen Weltraumplan verfolgten Projekte einer Raumfähre HERMES und einer Raumstation COLUMBUS sind in ihrer jetzigen Konfiguration unakzeptabel.

XI.

Technikfolgenforschung findet nicht systematisch und nicht im erforderlichen Umfang statt.

Auch der Deutsche Bundestag braucht hier seine eigene Arbeits-Kapazität. Eine Forschungs- und Technologie-Politik zur Bewahrung unserer Erde muß hier neue Maßstäbe setzen und mehr um die Verbreitung der Ergebnisse bemüht sein. Eine öko-orientierte Forschungs- und Technologie-Politik wird eine erhebliche Aufwertung der Wissenschaften vom Menschen einleiten, wie das schon im Godesberger Programm gesagt worden, aber bisher nicht verwirklicht worden ist.

XII.

Die damit inhaltlich umrissene Neuausrichtung der Forschungs-Politik, die in die europäische und internationale Zusammenarbeit einzubringen ist, erfordert auch neue Instrumente:

- Ein "Bundesforschungsförderungs-Gesetz", das vorrangig die Schaffung eines über das Haushaltsverfahren hinausgehenden, deutlich erweiterten Mitwirkungsrechts des Deutschen Bundestages bei Programm-Entscheidungen festschreibt;
- den Ausbau der betrieblichen, unternehmensbezogenen und branchenbezogenen Mitbestimmungsregelungen in Technologiefragen, wie die Sicherung und den Ausbau der Mitbestimmung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften in der Wissenschafts- und Forschungspolitik;
- einen "Technologie-politischen Dialog", der die Fragen der Weiterentwicklung unserer Gesellschaft unter dem sich verstärkenden und verselbständigen Primat der Technik öffentlich diskutiert, und der dabei auch ethische Fragestellungen miteinbezieht. An diesem Dialog sind alle gesellschaftlichen Gruppen zu beteiligen;
- die Verfolgung paralleler oder sogar widersprechender Forschungsansätze zum selben Thema werden in die Förderung einbezogen, um am Gemeinwohl orientierte Forschung zu sichern.

(-/30. August 1990/rs/ks)

Finanzfragen endlich konkret angeben
Zum Umgang mit dem Vermögen von PDS und Blockparteien

Von Hans Böhler MdB
Obmann der SPD-Fraktion im Bundestage-Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen

Ein bedeutsamer Aspekt bei der Diskussion um den Einigungsvertrag ist nach wie vor die offene Frage der Vermögen der SED/PDS, Blockparteien, Massenorganisationen und Gewerkschaften, des früheren DDR-Regimes. Im Zusammenhang damit steht das Problem der Chancengleichheit im kommenden Wahlkampf und der Entschädigung der SPD für ihr enteignetes Privatvermögen.

Immer noch ist nichts Konkretes geschehen, um das zusammengestohlene Vermögen der SED/PDS und der Blockparteien entsprechend dem Beschluß der Volkskammer vom 31. Mai 1990 sicherzustellen und einzuziehen.

Wir bestehen darauf, daß alles in den Aufbau der DDR gesteckt wird, was in 40 Jahren Diktatur unrechtmäßig angehäuft wurde. Es ist nicht länger hinzunehmen, daß die vom Ministerpräsidenten der DDR eingesetzte Kommission erst einen Teilbericht erstattet hat und daß die Übernahme der Treuhandverwaltung des betreffenden Vermögens immer noch nicht eingetreten ist. Auf Forderung der SPD scheint jetzt gewährleistet, daß die Kommission endlich konkrete Maßnahmen ergreift.

Was die Benachteiligungen zum Beispiel der SPD im Wahlkampf angeht, ist nicht nur zu fordern, daß sie ihr früheres Vermögen zurückerhält. Dies ist nach dem Gesetzentwurf zur Regelung offener Vermögensfragen der DDR-Volkskammer vorgesehen. Für den laufenden Wahlkampf würde dies ohnehin nichts mehr nützen. Es zeichnet sich ab, daß die Schatzmeister der Parteien eidesstattlich versichern, daß sie Mittel, die ihnen aus dem Zusammenschluß mit früheren Blockparteien zufließen, im Wahlkampf nicht einsetzen. Dies soll nach dem Wahlkampf von Wirtschaftsprüfern kontrolliert werden. Zu fordern ist darüberhinaus, daß CDU und FDP die Mittel, die ihnen möglicherweise aus dem Zusammenschluß zufließen, zum Wiederaufbau in der DDR zur Verfügung stellen.

Die Aufarbeitung des dunklen Kapitels der Anhäufung immenser Vermögenswerte und anderer Besitztümer durch die SED/PDS und die Blockparteien ist nach der gesamtdeutschen Wahl eine der dringenden Aufgaben des neuen Bundestages. Hierbei ist auch die Rolle der Modrow-Regierung zu untersuchen. Unter Modrow sind erhebliche Vermögenswerte verschoben und große Immobilienwerte verkauft worden. Außerdem ist der Öffentliche Dienst als Hinterlassenschaft Modrows immer noch mit zahlreichen ehemaligen SED-Funktionären belastet. Dies alles muß genau untersucht werden. Richter, Staatsanwälte und andere juristische Helfershelfer des SED-Regimes dürfen nicht pauschal aus ihrer Verantwortung entlassen werden. Es darf nicht wieder vorkommen, daß der Juristenstand sich wie nach dem Dritten Reich jeder Verantwortung entzieht und sich gegenseitig schützt nach dem alten Motto: "Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus."

(-/30. August 1990/rs/fr)

Überproportional herangezogen
Zu den Bonner Forderungen zur Einheitsfinanzierung an das Saarland

Von Leo Peiry MdL
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im saarländischen Landtag

Nach einem Bericht des Staatssekretärs im saarländischen Finanzministerium Dr. Finkel im Haushalts- und Finanzausschuß des Landtages zum Thema "aktueller Stand der finanzpolitischen Fragen im Zusammenhang mit der deutschen Einheit" machen die vorgelegten Zahlen deutlich, daß das Saarland für die Kosten der Einheit massiv herangezogen wird und noch weitere Inanspruchnahme droht. Bisher war man davon ausgegangen, daß laut Zusage der Bundesregierung die Länder nicht mehr in Anspruch genommen werden, wenn sie ihren Beitrag zum Fonds deutscher Einheit in Höhe von insgesamt 115 Milliarden DM erbracht haben.

Jetzt hat die Bundesregierung entgegen ihrer ursprünglichen Zusage zusätzliche Belastung bei der Umsatzsteuer verlangt, was für das Saarland bis 1994 über 80 Millionen DM ausmachen würde. Gefahren weiterer Inanspruchnahme ergeben sich bei folgenden Mischfinanzierungsformen, bei denen zu befürchten ist, daß der Bundesanteil zu Lasten des Saarlandes geändert wird:

1. Gemeinschaftsaufgabe regionale Wirtschaftsförderung: Bundesanteil rund 44 Millionen DM
2. Wohnungsbau: Bundesanteil rund 29 Millionen DM
3. Städtebau: Bundesanteil rund 12 Millionen DM
4. Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz: Bundesanteil rund vier Millionen DM
5. Strukturhilfe: Bundesanteil rund 112 Millionen DM

Das Saarland muß sich besonders dagegen zur Wehr setzen, daß Einsparungen bei den Förderprogramm für struktur- und finanzschwache Länder ins Auge gefaßt werden. Dann würden nämlich diese Länder überproportional zur Finanzierung der deutschen Einheit herangezogen werden.

(-/30. August 1990/rs/tr)

Waigels finanzpolitische Bankrotterklärung
Zur gesamtdeutschen Haushaltslage des Deutschen Bundestages

Von Helmut Witeczorek MdB
Obmann der SPD-Fraktion im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages

Entgegen seiner Ankündigung, zu dem gestrigen Spitzengespräch beim Bundeskanzler endlich die ungefähren Eckdaten und Größenordnungen der Kosten der Einheit und ihre Finanzierung offenzulegen, hat Waigel im letzten Moment gekniffen. Dabei wird seine Behauptung, ein Kassensturz sei derzeit noch nicht möglich, täglich unglaubwürdiger.

Seit dem Frühjahr sind die Beamten des Bundesfinanzministeriums über alle Details der Haushaltsberatungen informiert und haben am Haushalt 1990 sogar direkt mitgewirkt. Das Bundesarbeitsministerium hat schon vor Wochen detaillierte Berechnungen über den Finanzbedarf der DDR-Sozialversicherungen in 1990 und 1991 vorgelegt. Das Bundeswirtschaftsministerium hat verbindliche Hilfsprogramme vorgelegt, deren finanzielle Auswirkungen mit Waigel abgestimmt sind. Auch die Kosten der RGW-Lieferverpflichtungen, der Finanzbedarf der Kommunen und die Hilfen für die Landwirtschaft der DDR stehen der Größenordnung nach bereits fest. Waigel weigert sich nur, diese Zahlen zu addieren.

Zusammen mit den gestern vorgelegten Modellrechnungen zur Finanzsituation der DDR-Länder lassen sich hinreichend genau die Eckdaten für den 3. Nachtragshaushalt 1990 beziehungsweise den gesamtdeutschen Haushalt 1991 ableiten. Daraus ergibt sich:

- Der 3. Nachtrag wird ein Volumen von mindestens 25 Milliarden DM haben, das weitgehend über zusätzliche Schulden finanziert werden muß
- Der gesamtdeutsche Haushalt 1991 wird ein Ausgabevolumen von rund 400 Milliarden DM und eine Finanzierungslücke von 65 Milliarden DM aufweisen.
- Die gesamte Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte (einschließlich Sondervermögen, Fonds "Deutsche Einheit" und DDR) wird sich 1990 auf 119 Milliarden DM vervierfachen (1989: 32 Milliarden DM) und springt 1991 auf 135 Milliarden DM.
- Der Schuldenstand des Staates steigt dementsprechend von 1037 Milliarden DM 1989 über 1156 Milliarden DM 1990 auf knapp 1,4 Billionen 1991.
- Die Zinsausgaben nehmen parallel von rund 67 Milliarden DM 1989 über 73 Milliarden DM 1990 auf 90 Milliarden DM 1991 zu.

Diese Eckdaten, in deren Zentrum der scharfe Anstieg der Verschuldung in 1990 und 1991 steht, zeigen: Waigel finanziert die Einheit auf Pump und steuert die öffentlichen Haushalte durch astronomisch wachsende Zinsbelastungen in eine finanzpolitische Sackgasse. Weil er die offene Diskussion über die Kosten der Einheit blockiert, verhindert er die erforderlichen Sparanstrengungen, die längst ressortübergreifend und in Abstimmung mit den Ländern hätten aufgenommen werden müssen. Jeder Tag, der ungenutzt verstreicht, läßt die Kosten weiter ansteigen.

Diese unerträgliche Situation ist das Ergebnis durchsichtiger wahltaktischer Überlegungen: Waigel und Kohl wollen sich über die Wahl hinaus retten. Die Wähler sollen zur Urne gehen, bevor sie mit einer 'Schweiß- und Tränenrede' zur Kasse gebeten werden. Die in CDU-Kreisen immer lauter werdenden Forderungen nach Anhebung der Verbrauchsteuern, die vor allem die Bezieher kleiner Einkommen hart treffen würden, lassen, diese Marschrichtung immer deutlicher erkennen. Dieses Manöver ist mit den Amtspflichten eines Bundesfinanzministers nicht zu vereinbaren. Ehrlicher wäre, wenn Waigel gleich seinen finanzpolitischen Bankrott erklärt.

(-/30. August 1990/rs/fr)
